

Das Chaos geht weiter

Warum die Kassenbeiträge steigen

Millionen Versicherte haben in den letzten Wochen Post erhalten – mit durchaus unerfreulichem Inhalt. Ihre Krankenkasse hat geschrieben. Sie will Geld von den Mitgliedern haben. Zusätzlich zu den Krankenkassenbeiträgen, unter denen schon viele Versicherte stöhnen. Die einen Kassen fordern 1 Prozent vom Einkommen bis zur gesetzlich festgelegten Höchstgrenze von 37,50 Euro pro Monat, die anderen sind (noch) mit 8 Euro pro Monat zufrieden. Die Frage ist nur, wie lange? (...)

Schuld an den Beitragserhöhungen sei der Gesundheitsfonds. Das sagen die Chefs der Kassen nicht erst seit gestern. Zum 1. Januar 2009, dem Geburtstermin des Gesundheitsfonds, war der Einheitsbeitrag noch auf 15,5 Prozent festgelegt worden. Das galt jedoch nur für sechs Monate. Zum 1. Juli 2009 wurde er – wahltaktisch motiviert – von der Regierung auf 14,9 Prozent gesenkt. Diese Belastung wird seit 2005 nicht mehr zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer solidarisch aufgeteilt. 7,9 Prozent muss der Arbeitnehmer tragen, 7 Prozent der Arbeitgeber.

Experten sahen damals schon die negativen Folgen der chronischen Unterfinanzierung dieses „Bürokratie-Monstrums“, wie die FDP es einmal genannt hat, voraus. Und sie behielten Recht. Zwar greift der Staat dem schwächelnden Gesundheitsfonds mit einem Zuschuss unter die Arme, jedoch nur in Form eines zinslosen Darlehens. Den sollen die Kassen Ende nächsten Jahres zurückzahlen. Das werden sie nur leisten können, wenn die Mitglieder brav ihre Zusatzbeiträge bezahlen, auf die dann kaum eine Kasse verzichten kann.

„Ökonomisch ist das eine Missgeburt“, brachte Axel Börsch-Supan, Professor für Volkswirtschaftslehre und damals Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, schon im Jahre 2006 seine Kritik am Gesundheitsfonds auf den Punkt. (...)

Der vollständige Artikel erschien in der Neuen Allgemeinen Gesundheitszeitung für Deutschland am 16. März 2010.